

**Vergabeunterlagen zum Offenen Verfahren
des AOK-Bundesverbandes**

„Fahrradleasing“

Anlage 3 - Leistungsbeschreibung

(nicht vom Bieter einzureichen)

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

Inhalt

„Fahrradleasing“	0
1. Ausgangslage.....	3
1.1 Allgemeines.....	3
1.2 Auftraggeberinnen und voraussichtliches Auftragsvolumen.....	3
1.3 Rechtsgrundlage für das Fahrradleasing und der Arbeitgeberzuschuss.....	5
1.4 Beauftragung des Auftragnehmers auf Basis des Rahmenvertrages.....	5
2. Leistungsgegenstand.....	6
3. Zielgruppe und Nutzung.....	7
3.1 Kreis der teilnehmenden Beschäftigten.....	7
3.2 Unterteilung der Beschäftigtengruppen	7
3.3 Unterteilung des Online-Portals in verschiedene Kundenzugänge.....	7
4. Fahrräder und Angebot.....	8
4.1 Umfang des bereitgestellten Fahrradangebots	8
4.2 Händlernetzwerk	8
5. Leasingkonditionen und Abrechnung.....	10
5.1 Konstante Vertragskonditionen.....	10
5.2 Ausschluss zusätzlicher Entgelte und Kostentransparenz	11
5.3 Rechnungsstellung.....	11
5.4 Ausschluss verbindliche Kaufoptionen	12
6. Versicherungsleistungen und Mobilitätsgarantien.....	12
6.1 Grundversicherungsschutz.....	12
6.2 Erweiterung des Versicherungsumfangs.....	13
6.3 Störfallversicherung.....	14
6.4 Ausschluss einer Gesundheitsprüfung.....	14
7. Digitale Lösungen und Prozessabwicklung.....	14
7.1 Allgemeine Anforderungen und Zugang	14
7.2 Digitale Abwicklung des Leasingprozesses und Dokumentengenerierung.....	15
7.3 Zusatzfunktionen und Informationsangebote.....	15
7.4 Möglichkeit der digitalen Unterschrift.....	16
7.5 Datenübermittlung und Schnittstellen.....	16
7.6 Detailvorgaben zur Abwicklung und praktischen Umsetzung des Fahrradleasings.....	18
7.6.1 Auswahl des Fahrrads.....	18

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

7.6.2	Überlassung und Auslieferung.....	18
7.6.3	Protokollierung.....	19
7.6.4	Rückgabe des Fahrrads	19
7.6.5	Kostenfreie Rücknahme nach Laufzeitende.....	20
8.	Störfallmanagement.....	20
9.	Störfall unbezahlte Freistellung/Sonderurlaub.....	21
10.	Kommunikation und Nutzungsbetreuung	21
10.1	Durchführung von Online-Informations-Veranstaltungen	21
10.2	Material/Unterlagen für Öffentlichkeitsarbeit.....	21
10.3	Erreichbarkeit bei Anfragen der nutzungsberechtigten Beschäftigten.....	22
10.4	Ansprechperson für die Auftraggeberin.....	22
10.5	Information zu Veränderungen über Prozessabläufe und Zuständigkeiten	22
11.	Jährliche Wartung/Inspektion & UVV Prüfung	22
12.	Barrierefreiheit.....	23

Leistungsbeschreibung „Fahrradleasing“

1. Ausgangslage

1.1 Allgemeines

Die AOK-Gemeinschaft besteht aus elf selbstständigen AOKs, ihren IT-Dienstleistern, und der AOK-Bundesverband eGbR.

Neun AOKs, der AOK-Bundesverband, die AOK Finanzmanagement GmbH und die AOK connect GbR möchten gemeinsam einen Dienstleister gewinnen, der Fahrradleasing anbietet.

1.2 Auftraggeberinnen und voraussichtliches Auftragsvolumen

„Auftraggeberinnen“ sind die

- AOK Baden-Württemberg - Die Gesundheitskasse, Presselstraße 19, 70191 Stuttgart
- AOK Bayern – Die Gesundheitskasse, Carl-Wery-Str. 28, 81739 München
- AOK Bremen/Bremerhaven, Bürgermeister-Smidt-Str. 95, 28195 Bremen
- AOK – Die Gesundheitskasse in Hessen, Basler Straße 2, 61352 Bad Homburg
- AOK – Die Gesundheitskasse für Niedersachsen, Hildesheimer Straße 273, 30519 Hannover
- AOK NordWest – Die Gesundheitskasse, Kopenhagener Straße 1, 44269 Dortmund
- AOK PLUS – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen, Sternplatz 7, 01067 Dresden einschließlich AOK PLUS service GmbH und Laurat Grundstücksverwaltungs-Gesellschaft mbH
- AOK Rheinland/Hamburg – Die Gesundheitskasse, Wanheimer Str. 72, 40467 Düsseldorf
- AOK Rheinland-Pfalz/Saarland – Die Gesundheitskasse, Virchowstr. 30, 67304 Eisenberg
- AOK-Bundesverband eGbR, Arbeitsgemeinschaft von Körperschaften des öffentlichen Rechts, Rosenthaler Straße 31, 10178 Berlin
- AOK Finanzmanagement GmbH, Rosenthaler Straße 31, 10178 Berlin
- AOK connect GbR, Wilhelmstraße 1, 10963 Berlin

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

(im Folgenden auch „Auftraggeberin“).

Die AOKs sind in ihrer jeweiligen Region dezentral aufgestellt. Die hier gemeinsam ausschreibenden AOKs zählen insgesamt rund 57.000 Tarifbeschäftigte, die nach dem Vergütungstarifvertrag entlohnt werden. Neben diesen Tarifbeschäftigten sind etwa 4.250 Dienstordnungs-Angestellte zu verzeichnen, welche gemäß den Vorgaben des jeweiligen Landes-Beamtenrechts besoldet werden.

Da die konkrete Menge an Fahrrädern, die auf Basis des Rahmenvertrages abgerufen werden, vom Nutzungsverhalten der Beschäftigten der Auftraggeberinnen abhängt, können konkrete Abnahmemengen nicht verbindlich festgelegt werden. Auf Basis ihrer bisherigen Erfahrungen schätzen die Auftraggeberinnen unverbindlich, dass sie die folgende Anzahl an Leasingverträgen pro Jahr abschließen werden. Eine Abrufverpflichtung besteht nicht.

AOK	Geschätzte Zahl Leasing-Verträge pro Jahr
Baden-Württemberg	250
Bayern	150
Bremen/Bremerhaven	20
Hessen	270
Niedersachsen	240
NordWest	190
PLUS	200
Rheinland/Hamburg	180
Rheinland-Pfalz/Saarland	120
AOK-Bundesverband	20
AOK-Finanzmanagement GmbH	2
AOK connect	10

Als Auftragnehmer wird im Folgenden der Dienstleister bezeichnet, der den **Rahmenvertrag** (Anlage 1 der Vergabeunterlagen) mit den Auftraggeberinnen über das Fahrradleasing abschließt.

Als Beschäftigte werden die Mitarbeitenden, bestehend aus den Tarifbeschäftigten als auch den Dienstordnungs-Angestellten, auf Seiten der Auftraggeberinnen bezeichnet. Der Händler ist ein Fahrradhändler, der mit dem Auftragnehmer kooperiert und vertraglich an ihn gebunden ist.

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

1.3 Rechtsgrundlage für das Fahrradleasing und der Arbeitgeberzuschuss

Die Auftraggeberin beabsichtigt, ihren Beschäftigten auf Grundlage des **Tarifvertrags zur Entgeltumwandlung zum Zwecke des Leasings von Fahrrädern (TV-Fahrradleasing vom 03.03.2022 – Anhang 1 zur Leistungsbeschreibung)** Fahrräder und Pedelecs (keine S-Pedelecs) im Rahmen eines Fahrradleasingmodells zur dienstlichen und privaten Nutzung zu überlassen. Während der Leasinglaufzeit von 36 Monaten dürfen Beschäftigte jeweils nur ein Fahrrad leasen. Der Gesamtwert des Fahrrads einschließlich leasingfähigem Zubehör darf dabei einen Betrag von 7.000 Euro (brutto) nicht überschreiten. Maßgeblich für den Preis des Fahrrads ist die unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers, Importeurs oder Großhändlers einschließlich der Umsatzsteuer.

Die Leistung muss neben den Tarifangestellten auch gegenüber nach Beamtenrecht angestellten Personen (sog. Dienstordnungs-Angestellten) möglich sein, sofern das jeweilige Landesbesoldungsgesetz dies zulässt.

Die Auftraggeberin hat die Möglichkeit, einen Zuschuss für Tarifbeschäftigte (gem. TV-Fahrradleasing) und Dienstordnungs-Angestellten (sofern es die Landesbesoldungsgesetze dies vorsehen) zum Fahrradleasing zu gewähren. Die Höhe der Zuschüsse ist nicht einheitlich geregelt und variiert je nach AOK.

1.4 Beauftragung des Auftragnehmers auf Basis des Rahmenvertrages

Der Beauftragung des Auftragnehmers liegt der Abschluss des Rahmenvertrages gemäß Anlage 1 der Vergabeunterlagen zugrunde. Ein unmittelbarer Anspruch des Auftragnehmers auf Abschluss einzelner Leasingverträge besteht durch den Rahmenvertrag nicht. Dieser entsteht erst mit Inanspruchnahme des Fahrradleasings durch einen nutzungsberechtigten Beschäftigten der jeweiligen Auftraggeberinnen.

Der Rahmenvertrag gemäß Anlage 1 der Vergabeunterlagen kommt mit Zuschlagserteilung zustande. Für den Abschluss der Einzelverträge vereinbart jede Auftraggeberin jeweils mit dem Auftragnehmer individuell ab wann ihre Beschäftigten das Fahrrad-Leasing-Angebot des Auftragnehmers nutzen können. Hierfür genügt die Textform.

Einige der Auftraggeberinnen haben zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung noch laufende Rahmenverträge mit Dienstleistern, die das Fahrradleasing anbieten. Der Abruf von Leistungen auf Grundlage des neu abzuschließenden gemeinsamen Rahmenvertrags ist daher erst nach Ablauf des jeweiligen bestehenden Rahmenvertrags möglich.

Die Auftraggeberinnen können voraussichtlich zu folgenden Terminen das Fahrrad-Leasing-Angebot des Auftragnehmers nutzen:

AOK Baden-Württemberg: ab 04.11.2026

AOK Bayern: ab 01.06.2027

AOK Bremen/Bremerhaven: ab 01.01.2027

AOK Hessen: ab 01.01.2028

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

AOK Niedersachsen: mit Zuschlagserteilung

AOK NordWest: ab 01.10.2026

AOK PLUS: ab 31.08.2026

AOK Rheinland/Hamburg: ab 01.01.2027

AOK Rheinland-Pfalz/Saarland: ab 01.01.2027

AOK connect: mit Zuschlagserteilung

Der AOK-Bundesverband sowie die AOK-Finanzmanagement GmbH werden frühestens ab dem 01.01.2028 das Fahrrad-Leasing-Angebot des Auftragnehmers in Anspruch nehmen.

2. Leistungsgegenstand

Gegenstand der durch den Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist der Abschluss eines Leasing-Rahmenvertrages gemäß TV-Fahrradleasing/AOK (keine Vollamortisierung) zum Zwecke der Überlassung von Fahrrädern an Tarifbeschäftigte und Dienstordnungs-Angestellte der Auftraggeberin als Leasingnehmerin zur dienstlichen und privaten Nutzung einschließlich Versicherungs- und Serviceleistungen (insbesondere Abwicklung der Bestell-, Rückgabe- und Schadenabwicklungsprozesse, Wartung und Reparatur, Störfallmanagement und Bereitstellung eines Online-Portals) auf der Grundlage von Einzelleasingverträgen nach näherer Maßgabe dieser Leistungsbeschreibung sowie der übrigen Vertragsdokumente.

Für die Umsetzung des Fahrradleasings hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin die erforderlichen Musterverträge (ausgenommen: Dienstleistungs-Rahmenvertrag zwischen Auftraggeberin und Anbieter) zur Verfügung zu stellen.

Hierunter fallen

- die rahmenvertraglichen Regelungen zum Leasing
- die Einzelleasingverträge
- der Versicherungsvertrag inklusive Versicherungsbedingungen
- Nutzungsüberlassungsvereinbarung

Die Musterverträge müssen mit allen maßgeblichen (Rechts-)Vorschriften vereinbar sein.

2.1 Wirtschaftliche Leasingnehmerin

Die Auftraggeberin ist zivilrechtlich Leasingnehmerin. Sie überlässt das Fahrrad im Rahmen der Nutzungsüberlassungsvereinbarung ihren Beschäftigten zur dienstlichen und privaten Nutzung. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die Vertragsmuster –

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

insbesondere zur Nutzungsüberlassung – so gestaltet sind, dass die steuerliche Einordnung des Fahrrades eindeutig bei der Auftraggeberin als wirtschaftliche Leasingnehmerin verbleibt. Insbesondere sind die Vertragsbedingungen für die Vertragslaufzeit so zu formulieren, dass keine Übertragung wesentlicher wirtschaftlicher Chancen und Risiken auf die nutzungsberechtigten Beschäftigten erfolgt und das Vertragsverhältnis nicht als verdeckter Ratenkauf oder anderweitige Eigentumsübertragung qualifiziert werden kann.

3. Zielgruppe und Nutzung

3.1 Kreis der teilnehmenden Beschäftigten

Berechtigt zur Teilnahme am Fahrradleasing sind alle Tarifbeschäftigten, die in einem seit mindestens 6 Monaten bestehenden ungekündigten Arbeitsverhältnis zur Auftraggeberin stehen, auf das der BAT/AOK-Neu Anwendung findet.

Die Teilnahme gilt nicht für:

- Auszubildende, Schülerinnen und Schüler, Dual Studierende sowie Praktikantinnen und Praktikanten, Volontäre,
- befristet Beschäftigte, deren Befristungsdauer kürzer als der Überlassungszeitraum für das Fahrrad ist,
- geringfügig Beschäftigte,
- Beschäftigte in der Freistellungsphase des Altersteilzeitblockmodells.

Teilnahmeberechtigt sind auch Dienstordnungs-Angestellte, sofern das jeweilige Landesbesoldungsgesetz dies zulässt.

3.2 Unterteilung der Beschäftigtengruppen

Wie bereits oben dargestellt, müssen die Leistungen des Auftragnehmers neben den Tarifangestellten auch gegenüber Dienstordnungs-Angestellten erbracht werden. Insbesondere der Vorteilsrechner (siehe Punkt 7.3), die Portalführung (siehe Punkt 7), die Musterverträge (siehe Punkt 2) und der Prozess des Fahrradleasings müssen so gestaltet sein, dass beide Personengruppen mit ihren Besonderheiten abgebildet werden (insbesondere mögliche unterschiedliche Zuschussregelungen und Sozialversicherungsverpflichtung/-freiheit je teilnehmende AOK).

3.3 Unterteilung des Online-Portals in verschiedene Kundenzugänge

Der Auftragnehmer muss den Auftraggeberinnen ein Online-Portal für die Abwicklung des Fahrradleasings zur Verfügung stellen (siehe Punkt 7). Es muss technisch möglich sein, dass jede Auftraggeberin einen eigenen Kundenzugang zum bereitgestellten Online-Portal erhält. Dieser Zugang muss für jede Auftraggeberin individuell anpassbar

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

sein. Dies umfasst insbesondere die Hinterlegung eigener Kontaktdaten, die Einbindung organisationsspezifischer, für den Vertragsabschluss erforderlichen Dokumente sowie die eindeutige Zuordnung der Nutzenden zur jeweiligen AOK.

Darüber hinaus ist eine vollständige Mandantentrennung zwischen den einzelnen Auftraggeberinnen sicherzustellen. Ein gegenseitiger Zugriff auf Daten oder Inhalte muss systemseitig ausgeschlossen sein. Jede Auftraggeberin darf ausschließlich auf die ihr zugeordneten Daten und Funktionen zugreifen können.

4. Fahrräder und Angebot

4.1 Umfang des bereitgestellten Fahrradangebots

Der Auftragnehmer hat durch seine Händler für die Beschäftigten der Auftraggeberin ein umfassendes und marktübliches Portfolio an Fahrrädern bereitzustellen. Das Portfolio muss eine ausreichende Auswahl unterschiedlicher Fahrradtypen und Ausstattungsvarianten umfassen, sodass den Beschäftigten eine bedarfsgerechte Auswahl ermöglicht wird. Hierzu zählen insbesondere Fahrräder aus verschiedenen Kategorien (z. B. City-, Trekking-, Mountain-, Gravel-, Lastenräder sowie E-Bikes).

4.2 Händlernetzwerk

Zur Sicherstellung eines attraktiven Fahrradleasingangebotes hat der Auftragnehmer ein leistungsfähiges Netz von stationären Händlern in jedem Bundesland auf das sich der Geschäftsbereich der Auftraggeberinnen erstreckt bereitzustellen. Im Einzelnen sind das die folgenden Bundesländer:

Auftraggeberin	Bundesland
AOK Baden-Württemberg – Die Gesundheitskasse	Baden-Württemberg
AOK Bayern – Die Gesundheitskasse	Bayern
AOK Bremen/Bremerhaven – Die Gesundheitskasse	Bremen/Bremerhaven
AOK – Die Gesundheitskasse in Hessen	Hessen
AOK – Die Gesundheitskasse für Niedersachsen	Niedersachsen
AOK NordWest – Die Gesundheitskasse	Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

AOK Plus – Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen	Sachsen und Thüringen
AOK Rheinland/Hamburg – Die Gesundheitskasse	Hamburg und Nordrhein-Westfalen
AOK Rheinland-Pfalz/Saarland	Rheinland-Pfalz und Saarland
AOK-Bundesverband	Berlin
AOK-Finanzmanagement GmbH	Berlin
AOK connect	Berlin

Je Bundesland muss der Auftragnehmer mindestens die folgende Anzahl stationärer Händler zur Verfügung stellen können.

Bundesland	Anzahl der stationären Händler
Baden-Württemberg	300
Bayern	300
Bremen/Bremerhaven	14
Hessen	140
Niedersachsen	200
Schleswig-Holstein	60
Nordrhein-Westfalen	370
Sachsen	94
Thüringen	50
Hamburg	45
Rheinland-Pfalz	79
Saarland	15
Berlin	89

Als kooperierende Fahrradfachhändler gelten ausschließlich solche Händler, die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vertraglich gebundene Partner des Auftragnehmers sind. Auf potenzielle, geplante oder erst künftig vorgesehene Kooperationen kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.

Über die reine Bestellung hinaus müssen die Fachhändler insbesondere folgende Leistungen gewährleisten:

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

- persönliche Beratung und Auswahl des Fahrrads vor Ort,
- Service-, Wartungs- und Reparaturleistungen,
- Übergabe sowie ggf. Rücknahme der Fahrräder.

Den Beschäftigten muss die Möglichkeit gegeben werden, ein Fahrrad bei einem lokalen Fachhändler auszuwählen.

Das Fahrrad ist den Beschäftigten ausschließlich in einem betriebsbereiten, mangelfreien sowie ordnungsmäßigen und funktionsfähigen Zustand zu übergeben. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass eine fachgerechte Montage, eine sicherheitsrelevante Prüfung gemäß den geltenden Unfallverhütungsvorschriften sowie eine persönliche und kostenfreie Einweisung vor der Übergabe des Fahrrads an die Beschäftigten der Auftraggeberinnen erfolgen.

Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Montage, Prüfung und Übergabe des Fahrrads liegt beim Auftragnehmer; eine Haftung der Auftraggeberinnen ist ausgeschlossen.

In das Händlernetzwerk des Auftragnehmers können Online-Händler aufgenommen werden, wenn sichergestellt ist, dass die Fahrräder auch in einem betriebsbereiten, mangelfreien sowie ordnungsgemäßen und funktionsfähigen Zustand ausgeliefert werden und alle erforderlichen Service-, Wartungs- und Reparaturleistungen auch für online bestellte Fahrräder erbracht werden.

5. Leasingkonditionen und Abrechnung

5.1 Konstante Vertragskonditionen

Der Auftragnehmer muss der Auftraggeberin konstante Konditionen in Bezug auf alle Leistungen (bspw. Versicherungs-, Wartungs-, Inspektions-, oder Verschleißteilkpakete) für die gesamte Dauer der Laufzeit des Rahmenvertrags (Anlage 1 der Vergabeunterlagen) und dessen Nachwirkung für sämtliche Einzelleasingverträge garantieren. Etwaige Anpassungen dürfen sich ausschließlich nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen auf den Leasingfaktor beziehen und nur neu abzuschließende Einzelleasingverträge betreffen. Anpassungen bedürfen der Zustimmung durch die Auftraggeberin.

Ab dem Tag des Angebotszuschlags erfolgt zunächst eine Festschreibung des Leasingfaktors für alle Kaufpreise für 12 Monate. Sollte der Auftragnehmer Anpassungen hinsichtlich des Leasingfaktors vorsehen, sind diese nur zulässig, wenn es eine Veränderung des Referenzzinssatzes gibt. Als Referenzzinssatz gilt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Zinssatz für Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von über zwei bis drei Jahren.

Die Festschreibung des Leasingfaktors verlängert sich jeweils automatisch um weitere 12 Monate, wenn sich der Referenzzinssatz im Vergleich zum Referenzwert des letzten Betrachtungszeitraums (12 – 24 – 36 Monate) um nicht mehr als 0,5 Prozentpunkte verändert.

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

Im Falle einer Veränderung des zugrundeliegenden Referenzzinssatzes um über 0,5% an den nachstehend definierten Überprüfungszeiträumen besteht ein Anspruch der Auftraggeberin (bei einer Veränderung des Zinssatzes nach unten) bzw. des Auftragnehmers (bei einer Veränderung des Zinssatzes nach oben) auf Anpassung des Leasingfaktors für die Zukunft; dieser muss nachvollziehbar erläutert werden.

Die Anpassung des Leasingfaktors darf die Veränderung des Referenzzinssatzes nicht übersteigen. Für die Ermittlung der maximal zulässigen Anpassung des Leasingfaktors als Berechnungsgrundlage der **monatlichen** Leasingraten wird die Veränderung des **jährlichen** Referenzzinssatzes durch zwölf geteilt. Erhöht oder vermindert sich der Referenzzinssatz beispielsweise um 1,2 Prozentpunkte, darf der Leasingfaktor um höchstens 0,10 Punkte angepasst werden. Bei einem Leasingfaktor von 2,00 % beträgt der neue Leasingfaktor 2,10 % bzw. 1,90 %.

Der Auftragnehmer hat die Auswirkungen der Zinsänderung auf seine Refinanzierungskosten nachvollziehbar und prüffähig nachzuweisen. Die Anpassung des Leasingfaktors darf nur in diesem Umfang erfolgen.

Die Preisanpassung ist durch den Auftragnehmer jeweils im Zeitraum nach taggenau einem/zwei/drei Jahren nach Zuschlagserteilung innerhalb von 15 Werktagen durchzuführen (=Überprüfungszeitraum) und gegenüber der Auftraggeberin nachzuweisen. Etwaige Änderungen des Leasingfaktors werden ab dem ersten vollen Kalendermonat wirksam, der auf den jeweiligen Überprüfungszeitraum folgt; bestehende Einzelleasingverträge bleiben davon unberührt.

Der Leasingfaktor ist einheitlich auszugestalten und gilt unabhängig von der Preisklasse oder dem konkreten Fahrradmodell für sämtliche Einzelleasingverträge gleichermaßen.

Bei allen Preisen und Wertangaben sind ausdrücklich die Mehrwertsteuer auszuweisen und anfallende Versicherungssteuern miteinzubeziehen.

5.2 Ausschluss zusätzlicher Entgelte und Kostentransparenz

Der Auftragnehmer darf neben der Leasingrate, der Abschlussrate (Kaufpreis für die Übernahme des Fahrrads, der ausschließlich von den Beschäftigten getragen wird) sowie der monatlichen Kosten für Zusatzpakete (wie bspw. Versicherungs-, Wartungs-, Inspektions-, oder Verschleißteilpakete) keine weiteren Entgelte erheben. Eine darüber hinaus gehende Vergütung – wie etwaige Dienstleistungspauschalen – können nicht erhoben werden. Gegenüber den das Fahrrad nutzungsberechtigten Beschäftigten sowie der Auftraggeberin sind die für das einzelne Leasinggeschäft anfallenden Kosten offen, einfach und mit Erläuterungen über Eigenkostenbeteiligungen und Leistungsumfänge darzustellen.

5.3 Rechnungsstellung

Die Leasingraten sind der jeweils teilnehmenden AOK monatlich auftragsbezogen unter nachvollziehbaren Angaben (Leasingvertragsnummer, Personalnummer, Vorname

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

und Name der nutzenden Person etc.) in Rechnung zu stellen. Die Rechnungsstellung erfolgt in elektronischer Form. Jeder Einzeleasingvertrag weist den jeweils monatlich zu zahlenden Gesamtbetrag aus (jeweils brutto und netto oder netto zzgl. der gesetzlichen MwSt.).

Als Zahlungsziel wird das jeweilige Monatsende (nachsüssig) festgelegt. Die erste Leasingrate eines Einzeleasingvertrags ist in dem Kalendermonat fällig, der auf die Übergabe des Fahrrads folgt.

5.4 Ausschluss verbindliche Kaufoptionen

Weder der Auftraggeberin noch den nutzungsberechtigten Beschäftigten wird ein Anspruch auf Kauf des Fahrrads nebst Zubehör während oder nach der Laufzeit des Einzeleasingvertrags rahmenvertraglich eingeräumt. Ein Kaufvertrag zwischen den berechtigten Beschäftigten und dem Auftragnehmer kann zum Ende der Laufzeit des Einzeleasingvertrages abgeschlossen werden. Entsteht hierbei ein geldwerter Vorteil, übernimmt der Auftragnehmer die Steuer (inklusive Annexsteuern) nach § 37b Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes, sodass weder den nutzungsberechtigten Beschäftigten eine weitere Steuerbelastung entsteht noch die Auftraggeberin weitere lohnsteuerrechtliche Pflichten zum Lohnsteuerabzug treffen. Der Auftragnehmer hat auf Anfrage der Auftraggeberin dieser die Bewertungskriterien zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage eines geldwerten Vorteils offenzulegen. Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin nach Verkauf des Fahrrades an den Beschäftigten den Nachweis der Durchführung der Pauschalversteuerung innerhalb der gesetzlichen Vorschriften nach § 37b EStG unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

6. Versicherungsleistungen und Mobilitätsgarantien

Die Konditionen für Versicherungsleistungen sind für die nutzungsberechtigten Beschäftigten verständlich und transparent zu formulieren. Versicherungsleistungen und Mobilitätsgarantien sollen auch im europäischen Ausland gelten oder sollen zumindest optional auf das europäische Ausland erweiterbar sein.

6.1 Grundversicherungsschutz

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass für alle Fahrräder mindestens ein Grundversicherungsschutz ab dem Zeitpunkt der Übergabe des Fahrrads an den Beschäftigten besteht. Eine etwaige Wartezeit bis zum Eintreten des Versicherungsschutzes darf nicht bestehen.

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

Der Grundversicherungsschutz umfasst neben der dienstlichen auch die Privatnutzung des Fahrrades. Dabei sind neben den nutzungsberechtigten Beschäftigten auch volljährige Haushaltsangehörige des nutzungsberechtigten Beschäftigten in den Versicherungsschutz bei der Privatnutzung mit einzubeziehen.

Die Grundversicherung beinhaltet mindestens einen Schutz für folgende Punkte:

- Diebstahl
- Raub
- Vandalismus
- Unfallschäden
- Sturzschäden
- Elektronikschäden an Akku sowie Motor- und Steuergeräten
- Bedienungsfehler / unsachgemäße Handhabung
- Totalschaden

Eine Selbstbeteiligung darf nicht erhoben werden. Reparaturservices sollen in der Grundversicherung enthalten sein und auch im europäischen Ausland gelten.

6.2 Erweiterung des Versicherungsumfangs

Ziel der Auftraggeberin ist es, dass neben dem beschriebenen Grundversicherungsschutz ein wirtschaftliches Erweiterungspaket an Versicherungsleistungen angeboten wird, das von den nutzungsberechtigten Beschäftigten entsprechend ihrer individuellen Risikosensibilität optional zugebucht werden kann.

Hierfür ist die Möglichkeit vorzusehen, den Versicherungsumfang gegen Aufpreis zu erweitern, sofern die Leistungen nicht bereits durch die Grundversicherung abgedeckt sind, insbesondere für folgende Leistungen:

- Angebot einer GAP-Versicherung (Guaranteed Asset Protection)
- Angebot von Ersatzmobilität im Schadensfall
- Übernahme von Elementarschäden
- Übernahme von Übernachtungskosten im Schadensfall
- Rückführungsservice für Rad & Nutzende (Übernahme von z. B. Bahntickets oder Mietwagen)
- Übernahme von Kosten infolge übermäßiger Abnutzung, Schäden durch unsachgemäße Nutzung

Der Auftragnehmer hat die Auftraggeberin von Kosten durch übermäßige Abnutzung und durch Schäden infolge unsachgemäßer oder sonstiger schadensverursachender Nutzung, für die kein Versicherungsschutz besteht (z. B. weil keine Zusatzversicherung abgeschlossen wurde oder die Zusatzversicherung hierfür keinen Ersatz vorsieht), im Sinne eines Auftraggeberschutzes freizuhalten. Etwaige Kosten kann der Auftragnehmer den berechtigten Beschäftigten in Rechnung stellen. Hierzu werden entsprechende Regelungen in die Nutzungsüberlassungsvereinbarung aufgenommen. Für eine

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

Kostenbeteiligung des berechtigten Beschäftigten sind nachvollziehbare Kriterien vorzuhalten.

6.3 Störfallversicherung

Störfälle durch Krankheit, Unfall, Todesfall, Kündigung, Elternzeit, Altersteilzeit, Aufhebungsverträge und Erwerbsunfähigkeit des Beschäftigten sowie in Fällen des Eintretens gemäß § 107, Absatz 2 Satz 5 GewO sind durch den Auftragnehmer über eine Arbeitgeberschaftsversicherung (als Bestandteil der monatlichen Leasingrate) abzusichern, wenn nicht in diesen Fällen der Leasingvertrag aufgehoben wird und der Auftraggeberin keine Kosten entstehen. Der Anbieter hat während der Vertragslaufzeit im Einzelfall Alternativen zur Störfallversicherung (z.B. Übernahme des Leasingvertrags von einem neuen Arbeitgeber, Aussetzen des Leasingvertrags) mit der Auftraggeberin zu erörtern.

6.4 Ausschluss einer Gesundheitsprüfung

Der Auftragnehmer verzichtet für den Einzelleasingvertrag des Fahrrads sowie für die Versicherungspakete auf eine Gesundheitsprüfung der nutzungsberechtigten Beschäftigten.

7. Digitale Lösungen und Prozessabwicklung

7.1 Allgemeine Anforderungen und Zugang

Der Auftragnehmer stellt der Auftraggeberin sowie den nutzungsberechtigten Beschäftigten für die gesamte Abwicklung des Fahrradleasings ein durchgehend kostenfreies, deutschsprachiges, digitales und browserbasiertes Online-Portal zur Verfügung. Das Portal ist bis zum Ende des letzten Einzelleasingvertrages bereitzustellen.

Für jede Auftraggeberin und deren Beschäftigten muss ein Online-Portal zur Verfügung gestellt werden und jeweils einen gesonderten Bereich für die jeweilige Auftraggeberin sowie für die Beschäftigten vorhalten. Je Portal muss es möglich sein, spezifische Informationen und Dokumente der jeweiligen AOK zu hinterlegen. Ein Zugriff auf die Inhalte für Beschäftigte darf ausschließlich nach vorheriger Registrierung erfolgen.

Die Nutzung des Portals soll auch über mobile Endgeräte möglich sein. Hierfür ist durch den Auftragnehmer entweder eine App-Lösung für Android und iOS bereitzustellen oder alternativ ein responsives Webdesign, das eine vollumfängliche Nutzung des Portals auf mobilen Endgeräten gewährleistet.

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

Der Auftragnehmer ist für den störungsfreien Betrieb der Onlineplattform einschließlich Wartung, Instandhaltung sowie erforderlicher Updates und Upgrades verantwortlich.

7.2 Digitale Abwicklung des Leasingprozesses und Dokumentengenerierung

Der Anbieter hat sicherzustellen, dass über das Online-Portal der gesamte Bestell- und Abwicklungsprozess für das Fahrradleasing vollständig abgebildet werden kann. Dies umfasst insbesondere:

- den vollständigen Bestellprozess,
- die Prüfung und Freigabe durch eine bevollmächtigte Person der Auftraggeberin nach Maßgabe intern festgelegter Kriterien,
- die Generierung und den Abschluss der Überlassungs- und Einzelleasingverträge,
- eine Übersicht für die Gehaltsabrechnungsstelle mit sämtlichen gehaltsrelevanten Daten je Beschäftigten (insbesondere Überlassungszeitraum, Gesamtrate und Einzelposten, Entgeltumwandlungsbetrag, Höhe des geldwerten Vorteils).

Die Schadensabwicklung sowie die Abwicklung des Störfallmanagements können hiervon ausgenommen werden.

Die Auftraggeberin sollte jederzeit eigenständig Einblick in sämtliche laufenden Einzelleasing- und Nutzungsüberlassungsverträge einschließlich aller zugehörigen Daten und Unterlagen nehmen können.

Wird der Nutzungsüberlassungsvertrag im Rahmen des digitalen Prozesses automatisiert erstellt und mit den Parametern des jeweiligen Einzelleasings befüllt, ist sicherzustellen, dass ausschließlich das von der Auftraggeberin bereitgestellte und bearbeitete Vertragsmuster (für das der Auftragnehmer zuvor eine Mustervorlage zur Verfügung gestellt hat, siehe oben) verwendet wird. Dieses Vertragsmuster muss durch die Auftraggeberin jederzeit eigenständig inhaltlich anpassbar sein.

Bei jeder Übergabe und Rücknahme des Fahrrads hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin innerhalb einer Woche ein Protokoll zur Verfügung zu stellen. Dieses muss mindestens Angaben zum Datum, zur Vertragsnummer, zum ordnungsgemäßen Zustand des Fahrrads, zu etwaigen Mängeln, zur Vollständigkeit der Ausstattung sowie zu erforderlichen Unterlagen enthalten. Stellt der Anbieter kein Rückgabeprotokoll zur Verfügung, gilt das Fahrrad als mangelfrei und mit vollständiger Ausstattung zurückgegeben. Die Rückgabe muss im Portal ersichtlich sein.

7.3 Zusatzfunktionen und Informationsangebote

Über das Online-Portal ist durch den Auftragnehmer ein kostenfreier Zugang zu einem Vorteilsrechner bereitzustellen, mit dem die nutzungsberechtigten Beschäftigten

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

die voraussichtlichen Auswirkungen der Entgeltumwandlung auf ihr Gehalt (insbesondere Steuer- und Sozialversicherungsersparnis sowie neues Nettogehalt) nachvollziehen können. Der Zugang kann auch durch einen Absprung auf eine externe geschützte Seite erfolgen.

Dabei sollen die Besonderheiten unterschiedlicher Teilnehmergruppen (Tarifbeschäftigte sowie Dienstordnungs-Angestellte) berücksichtigt werden (insbesondere Eigenanteile betriebliche Altersvorsorge, SV-Freiheit der Beamten, besondere Lohnsteuertabelle Beamte).

Darüber hinaus sollte das Portal folgende Funktionen und Informationen enthalten:

- eine grafische Darstellung der Antrags-, Bestell- und Bestandssituation der Fahrräder,
- Statusanzeige bei den Störfällen,
- eine Suchfunktion für aktiv laufende Leasingverträge,
- Informationen zum Dienstleister bzw. Anbieter,
- Hinweise zur Hotline im Schadensfall,
- Informationen zum Händlernetzwerk in der Fläche sowie gegebenenfalls zu Online-Händlern.

7.4 Möglichkeit der digitalen Unterschrift

Die Auftraggeberin ist aus tarifvertraglichen Gründen verpflichtet, Nebenabreden zu Arbeitsverträgen in Schriftform gemäß § 126 BGB abzuschließen (§ 3 Abs. 2 BAT-AOK (neu)). Das Schriftformerfordernis ist auch durch die qualifizierten elektronischen Signatur nach den Bestimmungen der eIDAS-Verordnung erfüllt.

Der Abschluss des Einzelleasingvertrages zwischen den Mitarbeitenden und dem beauftragten Unternehmen soll elektronisch möglich sein. Eine digitale Unterschrift des Nutzungsüberlassungsvertrages und des Einzelleasingvertrages soll in Form einer qualifizierten elektronischen Signatur nach den Bestimmungen der eIDAS-Verordnung möglich sein.

7.5 Datenübermittlung und Schnittstellen

Der Auftragnehmer hat einen durchgängig digital unterstützten, transparenten und nachvollziehbaren Prozess für die Abwicklung des Fahrradleasings bereitzustellen. Der Prozess muss die wesentlichen Schnittstellen zwischen Auftraggeberin, Auftragnehmer, nutzungsberechtigter beschäftigter Person sowie den eingebundenen Fachhändlern, Leasing- und Versicherungsgesellschaft abbilden.

Der Ablauf muss sämtliche wesentlichen Prozessschritte von der Registrierung oder Anmeldung der beschäftigten Person über die Auswahl des Fahrrads und des leasingfähigen Zubehörs, die Prüfung und Freigabe des jeweiligen Einzelleasingvorgangs, den Vertragsschluss, die Übergabe des Fahrrads bis hin zur Bereitstellung der abrechnungs- und personalrelevanten Daten nachvollziehbar unterstützen.

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die für den jeweiligen Einzeleasingvorgang erforderlichen Daten digital erfasst, verarbeitet und zwischen den beteiligten Stellen übermittelt werden können. Hierzu gehören insbesondere die Daten zur beschäftigten Person, zum ausgewählten Fahrrad, zum leasingfähigen Zubehör, zum Fachhändler oder Leasing- und Versicherungsgesellschaft, zum Vertragsstatus, zum Übergabezeitpunkt sowie die für die Entgeltumwandlung und Gehaltsabrechnung erforderlichen Vertrags- und Bestandsdaten.

Die Auftraggeberin muss die Möglichkeit erhalten, die einzelnen Leasingvorgänge vor Vertragsschluss oder vor der endgültigen Umsetzung nach den vereinbarten Vorgaben zu prüfen und freizugeben oder abzulehnen. Der Auftragnehmer hat hierfür eine geeignete digitale Lösung bereitzustellen, über die der jeweilige Bearbeitungsstand, erforderliche Freigaben, offene Prozessschritte und entscheidungserhebliche Informationen für die Auftraggeberin nachvollziehbar einsehbar sind.

Die Unterzeichnung oder Bestätigung der erforderlichen Vertragsunterlagen durch die beschäftigte Person sowie die weitere Vertragsabwicklung sollen digital unterstützt werden. Für die Übergabe des Fahrrads ist eine Legitimations-, Autorisierungs- oder Freigabelösung erforderlich. Dafür hat der Auftragnehmer ein geeignetes Verfahren bereitzustellen. Dies kann insbesondere durch digitale Codes, elektronische Freigaben, systemseitige Bestätigungen oder vergleichbare Verfahren erfolgen.

Die Übergabe des Fahrrads einschließlich des leasingfähigen Zubehörs ist systemseitig zu dokumentieren. Dabei muss insbesondere nachvollziehbar sein, wann und durch wen die Übergabe erfolgt ist und welches konkrete Fahrrad einschließlich Zubehör Gegenstand des jeweiligen Leasingvorgangs ist.

Nach Übergabe des Fahrrads hat der Auftragnehmer der Auftraggeberin die für die Durchführung der Entgeltumwandlung, die Gehaltsabrechnung sowie die weiteren internen Personal- und Verwaltungsprozesse erforderlichen Daten rechtzeitig, vollständig und in geeigneter digitaler Form bereitzustellen.

Der gesamte Prozess ist so auszugestalten, dass Statuswechsel, Freigaben, Vertragsschlüsse, Übergabezeitpunkt, Datenbereitstellungen und sonstige abrechnungsrelevante Vorgänge systemseitig dokumentiert werden. Die jeweiligen Prozessschritte müssen den beteiligten Rollen eindeutig zugeordnet und für die jeweilige Auftraggeberin nachvollziehbar einsehbar sein.

Die Datenübermittlung und Verarbeitung haben unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben sowie der von der Auftraggeberin vorgegebenen organisatorischen, technischen und abrechnungsbezogenen Anforderungen zu erfolgen.

Zum Zwecke der Weiterverarbeitung innerhalb der Personalprozesse der Auftraggeberin sind die erzeugten Dokumente (Überlassungsvereinbarung, Einzeleasingvertrag, Übernahmebestätigung) als PDF/A-Datei (nicht veränderbares PDF-Dokument) sowie zusätzlich Bestandsliste als XML-Datei mit sämtlichen Bezugsdaten (z. B. Dokumentenart, Personalnummer) bereitzustellen oder zumindest über das Online-Portal herunterladbar. Beide Dateien müssen denselben Dateinamen tragen.

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

Der Auftragnehmer muss sicherstellen, dass die Auftraggeberin monatlich eine digitale Übersicht, über die im jeweiligen Monat geschlossenen Einzelleasingverträge erhält oder eine solche Übersicht jederzeit selbstständig aus dem Portal abrufen kann. Die Übersicht muss sämtliche für die Auftraggeberin relevanten Informationen enthalten, insbesondere:

- teilnehmende Beschäftigte,
- Gesamtrate und monatliche Leasingrate,
- Vertragsbeginn/-ende,
- Bestandteile der Gesamtrate (z. B. Versicherung, Wartung/Inspektion),
- Bruttolistenpreis und Kaufpreis inkl. leasingfähiges Zubehör,
- geldwerter Vorteil,
- Abzuführende Umsatzsteuer auf geldwerten Vorteil sowie die Grundlage dafür,
- Entgeltumwandlungsbetrag (Gesamtrate abzgl. Arbeitgeberzuschuss).

7.6 Detailvorgaben zur Abwicklung und praktischen Umsetzung des Fahrradleasings

7.6.1 Auswahl des Fahrrads

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass der Wert des Fahrrads einschließlich leasingfähigen Zubehörs zwischen 1.000 Euro und 7.000 Euro (UVP inkl. MwSt.) liegt. Leasingfähig ist ausschließlich fest mit dem Fahrrad verbundenes Zubehör. Nicht leasingfähig sind insbesondere Bekleidung, Helme, Schlösser (mit Ausnahme eines Rahmenschlösses), Luftpumpen sowie sonstiges nicht fest verbautes Zubehör.

Das Leasing von S-Pedelecs sowie Fahrrädern, die nicht in einem betriebsbereiten, mangelfreien sowie ordnungsgemäßen und funktionsfähigen Zustand sind, ist ausgeschlossen. Eine Beschränkung auf bestimmte Fahrradmarken besteht nicht. Die Auswahl behindertengerechter Fahrräder muss möglich sein. Sofern für den Versicherungsschutz eine bestimmte Schlossart vorgeschrieben ist, ist diese im Auswahlprozess anzubieten und auf die der nutzungsberechtigte Beschäftigte ist auf die verpflichtende Nutzung hinzuweisen.

7.6.2 Überlassung und Auslieferung

Nach wirksamem Abschluss des Einzelleasingvertrags ist das definierte Fahrrad an die nutzungsberechtigten Beschäftigten zu überlassen.

Die Überlassung beim gewählten Fachhändler vor Ort erfolgt kostenfrei. „Vor Ort“ bezeichnet die Verkaufsräumlichkeiten eines lokalen Händlers, die zur Besichtigung aufgesucht wurden.

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

Bei Onlinebestellungen kann die Auslieferung an den Wohnort des nutzungsberechtigten Beschäftigten erfolgen, sofern der Auftragnehmer die Übergabe in einem betriebsbereiten und mangelfreien Zustand erfolgt. Etwaige zusätzliche Kosten wie z.B. Versand sind vorab gegenüber den nutzungsberechtigten Personen offenzulegen. Die Auftraggeberin ist von Auslieferungskosten und sonstige Kosten freizuhalten.

Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass

- das Fahrrad vollständig fachgerecht montiert ist,
- eine Einweisung vor Übergabe erfolgt,
- die einschlägigen UVV-Vorschriften (insbesondere DGUV) eingehalten werden.

Dies gilt für alle Fahrradarten (einschließlich Mountainbikes, Gravelbikes und Rennräder). Eine Bestätigung im Überlassungsprotokoll ist erforderlich.

Nicht betriebsbereite und mangelhafte Fahrräder dürfen nicht überlassen werden; dies ist vom Auftragnehmer sicherzustellen. Nachträgliche Veränderungen am Fahrrad oder leasingfähigem Zubehör sind ausgeschlossen.

7.6.3 Protokollierung

Der Auftragnehmer hat bei Überlassung und Rückgabe des Fahrrads ein elektronisches Protokoll bereitzustellen, das mindestens folgende Angaben enthält:

- Datum
- Name der nutzungsberechtigten Person
- Vertragsnummer
- Spezifikation des Fahrrads
- Zustand des Fahrrads
- etwaige Mängel oder Beanstandungen

Das Protokoll muss im Portal sowohl für die Auftraggeberin als auch für die nutzungsberechtigten Personen abrufbar sein.

Bei beanstandungsfreier Rückgabe genügt die elektronische Dokumentation im Portal unter Angabe des Rückgabedatums.

7.6.4 Rückgabe des Fahrrads

Die Rückgabe des Fahrrads hat ohne Beteiligung der Auftraggeberin zu erfolgen.

Eine kostenfreie Rückgabe beim ausliefernden Fachhändler ist sicherzustellen. Abweichende Rückgabeorte können mit der nutzungsberechtigten Person vereinbart werden. Etwaige Kosten sind vorab offenzulegen. Die Auftraggeberin ist von Rückgabekosten freizuhalten.

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

7.6.5 Kostenfreie Rücknahme nach Laufzeitende

Der Auftragnehmer hat eine kostenfreie Rücknahme der Fahrräder nach Laufzeitende sicherzustellen.

8. Störfallmanagement

Eine vorzeitige Vertragsbeendigung während der Leasingzeit ist grundsätzlich ausgeschlossen und nur bei klar definierten Störfällen möglich. Ein Störfall liegt vor, wenn eine Entgeltumwandlung rechtlich oder tatsächlich nicht möglich ist. Der Auftragnehmer muss eine mengenmäßig unbegrenzte und kostenlose Rückgabemöglichkeit in den unten genannten Störfällen anbieten. Dies bedeutet, dass keine Rückgabequoten oder Kontingentsregelungen bestehen dürfen. Die Abwicklung des Störfalls erfolgt durch den Auftragnehmer nach Meldung durch die Auftraggeberin. Eine Mitnahme des Fahrrades bei Arbeitgeberwechsel, ein Nutzerwechsel und die vorzeitige Auflösung des Leasingvertrages anstelle der Fahrradrückgabe muss ebenfalls möglich sein.

Der Auftragnehmer übernimmt bei der Fahrradrückgabe das vollständige Schadens- und Rücknahmemanagement, stellt die Auftraggeberin von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei und sorgt für eine digitale, möglichst rein portalbasierte Abwicklung ohne Zusatzaufwand oder Kosten für die Auftraggeberin.

Störfälle sind:

- Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses (Kündigung oder Aufhebungsvertrag).
- Wegfall der Entgelt- bzw. Entgeltfortzahlung bei Elternzeit, Mutterschutz, Arbeitsunfähigkeit.
- Eintritt in die volle (befristete und unbefristete) Erwerbsminderungsrente
- Eintritt der Voraussetzungen des § 107 Abs. 2 S. 5 GewO nach Fahrradüberlassung: Wenn der Entgeltumwandlungsbetrag die pfändbaren Bezüge überschreitet, wird eine weitere Fahrradgestellung gegen Entgeltumwandlung während der Leasinglaufzeit gem. § 107 Abs. 2 S. 5 GewO rechtlich unwirksam. Die Auftraggeberin prüft vor Abschluss des Einzelleasingvertrages, ob zu diesem Zeitpunkt eine Überschreitung der pfändbaren Bezüge vorliegt, um solche Fälle von der Fahrradbestellung auszuschließen.
- Eintritt in den Ruhestand wegen Alters in der Leasinglaufzeit, der bei Vertragsbeginn der Auftraggeberin nicht bekannt war
- Tod der beschäftigten Person

In den vorgenannten Störfällen muss der Auftragnehmer eine kostenlose Rückgabemöglichkeit anbieten.

Eine Rückgabe bzw. Vertragsbeendigung unmittelbar nach Störfalleintritt ist jedoch nicht zwingend vorgeschrieben und es kann von ihr durch die Auftraggeberin abgesehen werden, wenn eine Versicherungslösung vorhanden ist, die die Auftraggeberin von

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

der Verpflichtung der Ratenzahlung entbindet. Für die Entbindung von der Verpflichtung der Ratenzahlung soll keine Wartefrist vorgesehen sein. Sieht die Versicherungslösung für den jeweiligen Störfall eine Wartezeit vor, ist die Auftraggeberin für die Dauer der Wartezeit von der Pflicht der Ratenzahlung zu entbinden.

Das Recht zur kostenlosen Fahrradrückgabe nach vorstehenden Ausführungen lebt wieder auf, wenn der Störfall länger anhält als die Dauer des Versicherungsschutzes.

Bei vorzeitiger Beendigung auf Grund der o.g. Störfälle kann den (ehemaligen) nutzungsberechtigten Beschäftigten der Kauf des Fahrrades, eine private Ratenzahlung oder ggf. die Übernahme zu einem neuen Arbeitgeber angeboten werden.

Für ein vorzeitiges Vertragsende durch Störfälle darf es keine Wartezeit geben, wenn es keine Versicherungslösung gibt. Dem Auftraggeber ist eine Meldefrist von mindestens 4 Wochen ab Kenntnis vom Störfall einzuräumen.

9. Störfall unbezahlte Freistellung/Sonderurlaub

Für die Fallgestaltung „unbezahlte Freistellung/Sonderurlaub“ und „Pflegezeit“ sollte durch den Auftragnehmer zusätzlich ein Störfallschutz nach obigen Regelungen zusätzlich vorgesehen werden. Unabhängig davon soll in diesen Fällen der Auftragnehmer eine kostenlose Rückgabemöglichkeit oder ein Ruhen des Leasingvertrages anbieten.

10. Kommunikation und Nutzungsbetreuung

10.1 Durchführung von Online-Informations-Veranstaltungen

Der Auftragnehmer hat im Rahmen der Einführung des Fahrradleasingangebots verpflichtend mindestens drei Online-Veranstaltungen für jede Auftraggeberin durchzuführen, an der die nutzungsberechtigten Beschäftigten teilnehmen können.

Die Teilnahme ist für die nutzungsberechtigten Beschäftigten freiwillig und der Auftraggeberin und ihren Beschäftigten kostenfrei anzubieten.

10.2 Material/Unterlagen für Öffentlichkeitsarbeit

Der Auftragnehmer stellt der jeweiligen Auftraggeberin Informationsmaterial zur Bekanntmachung des Fahrradleasing-Modells bei ihren Beschäftigten in gedruckter Form (z.B. Flyer) als auch digital zur Verfügung. Der Auftragnehmer kann für das Informationsmaterial keine Vergütung von der Auftraggeberin oder ihren Beschäftigten verlangen.

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

10.3 Erreichbarkeit bei Anfragen der nutzungsberechtigten Beschäftigten

Der Auftragnehmer hat den nutzungsberechtigten Beschäftigten der Auftraggeberin eine deutschsprachige, telefonische Serviceline für Fragen zu Bestellungen, Rückgaben, Wartung, Reparaturen, zur Verfügung zu stellen. Die Hotline muss von Montag bis Freitag, jeweils von 9:00 bis 15:00 Uhr, erreichbar sein.

10.4 Ansprechperson für die Auftraggeberin

Der Auftraggeberin ist während der gesamten Leistungsdauer eine gemeinsame direkte Ansprechperson des Auftragnehmers zur Verfügung zu stellen.

10.5 Information zu Veränderungen über Prozessabläufe und Zuständigkeiten

Der Auftragnehmer hat die Auftraggeberin über alle für die Durchführung des Vertrags wesentlichen Veränderungen rechtzeitig und schriftlich zu informieren. Hierzu gehören insbesondere Änderungen von Abläufen, Zuständigkeiten oder sonstige prozessuale Anpassungen. Änderungen der verbindlich zugesagten Leistungen sind ausgeschlossen. Im Falle von Fahrrad-Rückrufaktionen sind zudem die Auftraggeberin sowie die betroffenen nutzenden Personen unverzüglich zu benachrichtigen.

11. Jährliche Wartung/Inspektion & UVV Prüfung

Der Auftragnehmer hat für jedes überlassene Fahrrad bzw. Pedelec während der Laufzeit des Einzelleasingvertrages ein verpflichtendes Wartungs- und Inspektionspaket anzubieten, das als monatlicher Pauschalwert je Fahrrad im Preisblatt auszuweisen ist. Das Leistungspaket muss eine regelmäßige Inspektion in Intervallen von längstens zwölf Monaten sowie die Prüfung des betriebssicheren und verkehrssicheren Zustands durch eine hierfür fachkundige bzw. befähigte Person umfassen; die UVV-Prüfung ist dabei einzuschließen und zu dokumentieren.

Der Leistungsumfang muss jedenfalls die Sicht-, Funktions- und Sicherheitsprüfung der wesentlichen Bauteile umfassen, insbesondere von Bremsanlage, Lenkung, Reifen/Laufrädern, Sattel, Rahmen/Gabel, Beleuchtung, Antrieb, Schaltkomponenten, Befestigungselementen sowie sicherheitsrelevantem Zubehör. Erforderliche Einstell- und Nachstararbeiten sind einzuschließen. Bei Pedelecs sind zusätzlich die Funktionsprüfung der elektrischen Komponenten, insbesondere von Akku, Motor, Bedieneinheit, Sensorik, Ladeeinrichtung und Verkabelung, sowie gegebenenfalls herstellereitig vorgesehene Diagnoseleistungen mit abzudecken. Die Durchführung ist in geeigneter Form zu dokumentieren und den nutzungsberechtigten Beschäftigten sowie der Auftraggeberin digital nachweisbar zur Verfügung zu stellen. Der Nachweis der Durchführung von Wartung/Prüfungen sollte im Online-Portal beim Nutzer hinterlegt sein. Die Pflicht zur Dokumentation der UVV-Prüfung folgt aus den arbeitsschutzbezogenen Vorgaben zur Prüfung des betriebssicheren Zustands.

Anlage 3 – Leistungsbeschreibung

Erweiterung für Verschleiß des Wartungspakets

Eine Absicherung bei Verschleiß, insbesondere für Akku, Bremsbeläge, Bremsschreiben, Ketten, Zahnriemen, Schalt- und Bremszüge, Getrieбенabe, Lagerungen sollte beim Auftragnehmer durch die nutzungsberechtigten Beschäftigten im Rahmen der Leasingangebotserstellung als erweitertes Servicepaket hinzugebucht werden können. Das Verschleißteilpaket soll keine Bagatellschadensgrenze enthalten.

12. Barrierefreiheit

Die digitalen Lösungen des Auftragnehmers sollten in barrierefreier Form bereitgestellt werden. Dabei sollten insbesondere die folgenden Anforderungen berücksichtigt werden:

Die Anwendungen sollten mit Screenreadern (Vorlesesoftware) kompatibel sein, vollständig mit der Tastatur (ohne Maus) bedienbar sein, den Grundsätzen der Softwareergonomie unter Berücksichtigung der Arbeitsschutzanforderungen – insbesondere im Hinblick auf Farbgestaltung und Schriftgröße – entsprechen sowie die Integration bzw. Nutzung gängiger Vergrößerungssoftware ermöglichen.

Anhänge zu dieser Leistungsbeschreibung:

Anhang 1: Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung zum Zwecke des Leasings
von Fahrrädern (TV-Fahrradleasing) vom 03.03.2022